

Volks-Zeitung

mit täglichem Unterhaltungs-Blatt Illustrierter Familien-Zeitung und illustriertem Witzblatt U&K

Erscheint täglich zweimal, Sonntags nur morgens. Abonnementspreis in Gross-Berlin und vielen Orten der Provinzen Brandenburg, Pommern, Sachsen a. Herzogt. Anhalt 30 Pf. wöchentlich oder M. 1.30 monatlich...

Verleger: Rudolf Mosse, Berlin SW. Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Kadel in Berlin verhaftet.

Das bolschewistische Propaganda-Bureau beschlagnahmt.

Berlin, 12. Februar. (W. L. Z.) Der russische Bolschewistführer Kadel ist von der Berliner Kriminalpolizei entdeckt und verhaftet worden.

Nach vorläufigen Beobachtungen ist es am gestrigen Nachmittag gegen 6 Uhr gelungen, den verächtlichen Kuffen Sobelsohn, der unter dem Namen Karl Kadel sein Unwesen getrieben hat, und dessen unheimlichem Wüsten zusammen mit Viehrecht die blutigen Wirren im Januar zu danken sind, dingfest zu machen. Kadel wurde in seinem spartacistisch-bolschewistischen Propagandabureau, das sich in einem verfallenen Berliner Vorort befindet, verhaftet und in das Zellengefängnis in Moabit gebracht. Wir erfahren folgende Einzelheiten:

Wie wir bereits vor mehreren Wochen zu berichten in der Lage waren, war Kadel nach der Niederwerfung des Spartacistenstandes nach Berlin zurückgekehrt, nachdem er es vorgezogen hatte, für etwa zehn Tage zu verschwinden. Kadel war inzwischen in Wien gewesen, hatte dort mehrere Freunde und Gefährten mitgebracht und hatte von dort auch seine Sekretärin, eine Wiener Spartacistin, die in österreichischen Kommunistenkreisen bereits eine führende Rolle gespielt hatte, nach Berlin mitgebracht. Kadel war sehr vorsichtig geworden und vermied nach dem Tode Sobelsohns und Rosa Luxemburgs alles Auffsehen. Er vermied es, öffentlich aufzutreten und knüpfte ganz im Geheimen die Fäden mit den übrigen Führern der Spartacusbewegung in Berlin so wohl wie in Deutschland wieder an. Es war den Behörden bekannt geworden, daß Kadel, der aber beträchtliche Geldmittel verfügt, und der durch Kuriers...

Der neue Waffenstillstand.

Genf, 12. Februar. (Privat.) Das „Journal des Debats“ erzählt, der oberste Kriegsrat habe die Notwendigkeit erkannt, die Welt nicht länger unter dem Einbruch eines bewaffneten Friedens mit Deutschland zu lassen, sondern zu einem definitiven Frieden zu gelangen. Deshalb habe man die Möglichkeit ins Auge gefaßt, auf die andauernden Erneuerungen des Waffenstillstandes zu verzichten und den neuen Waffenstillstand vom 17. Februar in eine dauernde militärische Konvention zu verwandeln. Diese Konvention würde der erste Akt des definitiven Friedens sein, dem später territoriale, wirtschaftliche und politische Bestimmungen hinzugefügt werden sollten. Die militärische Konvention, deren Wais die Begrenzung der deutschen Rüstungen sein werde, soll den Alliierten gestatten, in aller Ruhe zu demobilisieren. Zwei Methoden seien dafür ins Auge gefaßt. Die erste bestünde darin, den deutschen Rüstungen eine definitive Grenze zu setzen, die zweite Methode wäre die...

gelungen, sich an Kadel's Herje zu heften. Er hatte herausgefunden, zu welchen Zeiten der Russe in seinem Bureau zu arbeiten pflegte und er hatte ferner ermittelt, daß am Abend eine Spartacisten-Besprechung stattfinden sollte, an der, wie man erfährt, auch sich hören teilnehmen wollte.

Am Nachmittag gegen 4 Uhr rief der Kriminalbeamte, nachdem Kadel kurz zuvor das Haus betreten hatte, beim Regimentsknecht an und teilte mit, daß Kadel in seinem Bureau weile. Er bitte sofort um Unterstützung. Darauf begab sich ein Offizier mit sechs Mann nach dem Westen. In unaufrichtiger Weise näherte man sich dem spartacistischen Bureau, und nachdem noch andere Truppen alle Ausgänge umstellt hatten, drang man in das Gebäude ein. Kadel befand sich mit seiner Sekretärin in einem Privatbureau. Der Russe war sehr elegant gekleidet. Er trug einen Strakenanzug und hatte noch immer den schmalen Wadenbart, der ein charakteristisches Merkmal seines Standes war. Der Kriminalbeamte trat auf Kadel zu, der in Anbetracht der verfallenen Macht seinerlei verdächtige Bewegung machte, und sagte: „Sie sind Karl Kadel. Ich verhafte Sie.“ Kadel wurde sehr bleich und behauptete, daß hier ein Irrtum vorliege. Er sei ein Arzt und habe mit dem Gesuchten nicht das geringste zu tun. Als der Beamte jedoch sich nicht verblüffen ließ und die Sekretärin ebenfalls verhaftete, sagte Kadel: „Garantieren Sie mir für mein Leben? Darf ich hoffen, daß mir unterwegs nichts passiert?“ Der Offizier sagte ihm hierauf vollen Schutz zu. Kadel zog daraufhin einen eleganten Gehelp an und wurde unter starker Bedeckung in einem Auto, das von zwei Revolvermannen besetzt war, um den Gefahren vor etwaigen Angriffen zu sichern, abgeführt. Alle in dem Hause befindlichen Personen wurden ebenfalls verhaftet und abgeführt. In dem Bureau Kadel's fand man eine Unmenge bolschewistischer Propagandamaterialien, das beschlagnahmt wurde. Aus den vorhandenen Akten dürfte man wichtige Aufschlüsse über die Führer der Bewegung erhalten.

Kadel wurde zum Regiment Reinhard gebracht, wo er zuerst von Oberleutnant v. Kessel verhört wurde. Kadel, der einen sehr niedergeschlagenen Eindruck machte, beantwortete die Frage, ob er den Einbruch sei, sofort bejahend. In ziemlich gutem Deutsch, mit etwas russischem Akzent, machte er dann weitere Angaben. Hierauf wurde Kadel von Oberst Reinhard selbst verhört. Er gestand ein, daß er der kommunistischen Bewegung angehörte. Er wurde sodann unter starker Bedeckung in das Zellengefängnis Moabit überführt. Oberleutnant v. Kessel machte uns folgende Angaben: Der Verhaftete erklärte Oberst Reinhard während des Verhörs, er sei Mitglied der russischen Regierung und als solches hier tätig. Er erklärte ohne Aufforderung: „Ich bin von Richard Müller und Rolkenbach hierher gerufen worden.“

Kadel ist klein, schlüchtern und machte einen eleganten Eindruck. Wie das Regiment Reinhard mitteilt, soll der ebenfalls bekannte Spartacistenführer Dr. Wedi in München verhaftet worden sein.

Mit Kadel ist eine der gefährlichsten Persönlichkeiten der bolschewistisch-spartacistischen Bewegung in die Hände der Polizei geraten. Wir haben erst kürzlich ein Lebensbild dieses sympathischen Herrn entworfen, der wegen Unentschiedenheiten erst aus der bolschewistischen, dann aus der deutschen Sozialdemokratie ausgestoßen worden ist. In der bolschewistischen Richtung ist er dann wieder zu Einfluss gelangt. Er wurde der Propagandachef der Leninischen Regierung; seinem Einfluss vor allem ist die Durchführung des blutigen Terrors zu verdanken. Danach ging er nach Deutschland, um auch den Bolschewismus (in Form des Spartacismus) zum Siege zu führen. Es ist zu hoffen, daß seine politische Rolle mit seiner Verhaftung ausgepielt ist.

von Deutschland die Auslieferung des Kriegsmaterials in einem Umfang zu verlangen, der Deutschland zwingen würde, seine Effektivbestände innerhalb der von den Alliierten festgesetzten Grenzen zu halten. Sollte die zweite Methode angenommen werden, so werde Deutschland ein genaues Verzeichnis über sein Material liefern müssen.

Paris, 12. Februar. (Gada.) Die Sonderkommission zum Studium der Bedingungen des Waffenstillstandes trat heute zusammen und arbeitete einen Bericht aus, der morgen um elf Uhr dem obersten Kriegsrat vorgelegt werden wird. Außer den hochkommandierenden der verbündeten Armeen werden morgen der entscheidenden Sitzung die Feldmarschälle Petain und Haig und die Generale Pershing und Diaz beizutreten. Feldmarschall Foch wird Paris am Abend des 13. verlassen, wenn er sich bis dahin in Besitze des Logies für die Erneuerung des Waffenstillstandes befindet. Er wird diesen Text der deutschen Delegation mitteilen.

Paris, 12. Februar. (Gada.) Präsident Wilson hat sich in West Virginia eingeschifft.

Ein unmöglicher Präsident.

Von Otto Nuschke, Mitglied der Nationalversammlung.

In der deutschen Nationalversammlung in Weimar wird sich heute die neue Regierung dem Parlament vorstellen, um durch das Vertrauen der Mehrheit der Volksvertretung die Legitimation zur Führung der Reichsgeschäfte zu erhalten. Unter den neuen Regierungsmitgliedern wird sich der bisherige Präsident der deutschen Nationalversammlung, Herr Dr. David befinden, dem die Stelle eines Reichsministers ohne Portfeuille zugedacht ist. Es ist klar, daß Dr. David nicht beide Ämter versehen kann; denn beide erfordern einen ganz eigenen Mann. Aber man wird Dr. David nicht ohne großes Bedauern von dem Amte des Parlamentspräsidenten scheiden sehen, der die wenigen Tage seiner Amtsführung haben bewiesen, daß er hier der rechte Mann am rechten Platze war. Er leitete die Verhandlungen mit Energie und Umsicht und er fand in allen schwierigen Lagen stets das richtige Wort. Vor allem war er dem Posten geistig gewachsen. Seine Reden aus Anlaß der eigenen Wahl und der Erwählung des Reichspräsidenten waren das Beste, was bisher in der Nationalversammlung gesagt worden ist. Es wird sehr schwer werden, für Dr. David einen gleichwertigen Erlass zu finden.

Nach den Vereinbarungen unter den Parteien soll nun der Posten des Präsidenten der Nationalversammlung an das Zentrum abgetreten werden. Wir stehen nicht an, auszusprechen, daß wir diese Regelung auf das Lebhafteste bedauern. Es war ein grundsätzlicher Fehler, die Frage des Parlamentspräsidenten mit der Regierungsbildung zu verwickeln. Die Besetzung des Parlamentspräsidenten sollte sich grundsätzlich nur nach den Verhältnissen in den Parlamenten selber richten. Der beste Grundfals ist der, der die Verteilung der Präsidialämter nach der Stärke der einzelnen Fraktionen vorzieht. Dieser gesunde Grundfals ist im alten Reichstage wiederholt durchbrochen worden. Man hat nach dem Reichspräsidentenwahlgesetz von 1912 ein Reichspräsidentenamt gebildet. Das waren Notbehelfe, die aber eine gewisse Berechtigung darin fanden, daß die veraltete Wahlweise die wirklichen Mehrheitsverhältnisse der Parteien im Reichstage nicht zum Ausdruck kommen ließ. Für die Nationalversammlung ist auf Grund eines Wahlrechts gewählt worden, das ein fast photographisches genaues Bild der Wahlergebnisse gibt. Die stärkste Partei im Lande hat auch die meisten Mandate, und nur die Deutsche demokratische Partei ist in den Mandaten insofern zu kurz gekommen, als das Zentrum durch die Listenveränderung mehr Mandate erzielte als die Demokraten, obwohl diese über einige hunderttausend Stimmen mehr verfügen als das Zentrum. In der Ueberlassung des Postens des Parlamentspräsidenten an das Zentrum liegt darum nicht nur ein Unrecht gegen die Sozialdemokratie, sondern auch gegen die Deutsche demokratische Partei. Das um so mehr, als das Zentrum bei den beiden wichtigsten Abstimmungen seiner in der Nationalversammlung auseinandergelassen ist. Der bayerische Teil des Zentrums der sich auch einen besonderen Namen als „Bayerische Volkspartei“ zugelegt hat, stimmte gegen die Notverfassung, und bei der Präsidentenwahl gaben die bayerischen Zentrumsteile weiße Zettel ab.

Das jetzige Präsidium der Nationalversammlung war vorbildlich zusammengesetzt. Die stärkste Partei stellte den Präsidenten, die Demokraten, das Zentrum und die gemeinsame Rechte je einen Vizepräsidenten. Nun soll der Grundfals der Fraktionsstärke wieder umgekehrt werden. Für die Zukunft wird das neue Unrecht geschaffen, die bis in den neuen Reichstag hinein wirksam wird.

Das Bedenklichste an der geplanten Umformung des Parlamentspräsidiums ist aber die Absicht, Herrn Feilchenbach auf den Präsidentenstuhl der Nationalversammlung zu setzen. Das muß den schärfsten Widerspruch herausfordern. Neben der alten Regierung hat in den Revolutionstagen niemand mehr verlangt als der alte Reichspräsident Feilchenbach. Seine Pflicht wäre es gewesen, am 9. November nach Herrn Scheidemann vor die revolutionäre Menge zu treten und den Reichstag in Permanenz zu erklären. Durch den reiflosen Niederbruch der alten Gewalten ist in der Hauptstadt die große Wirnis entstanden, unter der wir jetzt leiden. Erst acht Tage nach der Revolution wagte Herr Feilchenbach die Anfrage bei der Revolutionsregierung, ob er den Reichstag einberufen dürfe. In diesen acht Tagen aber, war die Weltgeschichte über den Reichstag hinweggegangen und die Arbeiter- und Soldatenräte hatten alle politische Macht in die Hände genommen, da auch Herr Feilchenbach am 9. November nicht einen Teil davon dem Reichstage zu erhalten wußte. Schließlich spricht gegen Herrn Feilchenbach auch noch ein außenpolitisches Moment. Schon die Namen der neuen Regierungsmitglieder zeigen zu viel alte Männer. Tritt zu einer solchen Regierung und zu der alten Reichstagsmehrheit, die wir doch auch wieder haben, gar noch der alte Reichspräsident, so ist wirklich zuviel Belastung. Dafür sollte man auch im Zentrum selber Ver-